

## Stadt setzt sich für fairen Handel ein

Antrag der Fairtrade-Initiative zum Lieferkettengesetz wird im Hauptausschuss abgesegnet. Nachhaltigkeit und Menschenrechte sind dabei Thema.

**Lemgo** (kk). Helmut Kohorst appelliert an die Verantwortung der Stadt. Als eingetragene Fairtrade-Stadt gelte es, sich einzubringen und die Resolution für ein starkes Lieferkettengesetz zu unterschreiben, so der Sprecher der Fairtrade-Initiative Lemgo. Über 50 Kommunen haben die Resolution für ein Lieferkettengesetz bereits unterzeichnet – und auch Lemgo ist jetzt dabei.

Dabei stehen die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Fokus. Deutsche Unternehmen würden damit verpflichtet, diese Werte in ihren Lieferketten zu beachten. Mit der Resolution greifen die Unterzeichner-Kommunen die Forderungen der „Initiative Lieferkettengesetz“ auf und fordern Haftungsregelungen sowie effektive staatliche Durch-

setzungsmechanismen für die ethischen Vorgaben bei internationalen Lieferketten. Drei Bundesministerien sind bei der Gesetzesabfassung beteiligt, das im Mai vom Bundestag und im Juni vom Bundesrat verabschiedet werden soll. Eine Bundes-

### Weiter für das Thema sensibilisieren

behörde könnte dann kontrollieren, ob Unternehmen ihren Sorgfaltspflichten nachkommen und kann bei Verstößen Bußgelder verhängen.

Im Hauptausschuss sprachen sich SPD, Grüne, eSL, BfL und AfD für die Unterschrift aus, CDU/Aufbruch C und die Liberalen votierten dagegen. Für die Grünen appellierte Katharina Kleine Vennekate an das

Verantwortungsgefühl der Kommune. „Lemgo sollte auch dafür stehen, was sie als Fairtrade-Kommune verkörpert.“ Das fraktionslose beratende Mitglied Frank Redelberger sah die Resolution als gute Möglichkeit, die Bürger weiter für das Thema zu sensibilisieren. Kritische Stimmen kamen hingegen von CDU und FDP.

Barbara Schiek-Hübenthal (FDP) verwies auf die Zuständigkeit des Bundes, überdies sei Lemgo als nachhaltige Kommune bereits auf einem guten Weg. Ähnlich äußerte sich auch Carsten Steinmeier (CDU). Die Stadt möge beim Lieferkettengesetz auf die Bundesregierung vertrauen, so sein Appell an die Politiker im Ausschuss, die diese Ansicht in ihrer Mehrheit aber nicht teilen mochten.